

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 35
Januar
2007

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

die asymmetrischen, sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts haben viele Gesichter und Facetten. Terror ist darunter eine der hässlichsten und bedeutendsten zugleich – denn Terroristen zielen auf Großschadensereignisse in unseren Gesellschaften, deren Wirkung durch Medienberichterstattung noch vervielfacht werden soll. Terrorbekämpfung erfordert einen umfassenden Ansatz und den orchestrierten Einsatz ganz verschiedener Instrumente. Diese Ausgabe der Denkwürdigkeiten beleuchtet dies beispielhaft.

Wir haben uns in den Denkwürdigkeiten an die Beiträge von **atlanticus** gewöhnt. Mit dieser Ausgabe tritt **britannicus** an seine Seite. Unser Gründungsmitglied Klaus Becher – inzwischen britischer Staatsbürger – wird uns Kontinentaleuropäern von nun an britische Sichtweisen zu zentralen politischen Themen vermitteln.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Terrorbekämpfung durch demokratische Werte

von *britannicus*

4 Die wachsende Bedeutung privater Akteure im Bereich der Intelligence

von Peter Harbich

9 Kontinuität im Wechsel

von Dr. Heinrich Kreft

THEMEN

Terrorbekämpfung durch demokratische Werte

Aus mehreren Gründen steht Großbritannien besonders oft im Fadenkreuz des Terrorismus: Es verkörpert ein Zielobjekt der erstaunlich weit verbreiteten Hassvorstellung von der angelsächsisch-jüdischen Weltverschwörung. Es ist als ehemalige Kolonialmacht vor allem in Pakistan, Arabien und Ostafrika historischer Bezugspunkt anti-westlicher Emotionen. Hinzu kommt, dass die Existenz zwar verwurzelter, aber nicht voll integrierter moslemischer Bevölkerungsgruppen in erheblicher Größenordnung in Großbritannien – ursprünglich vor allem aus Südasien kommend und nun besonders konzentriert in den ehemaligen Kohlerevieren Mittelenglands angesiedelt – dem Land eine doppelte Rolle gibt: Es ist sowohl Angriffsziel als auch Rekrutierungsraum und Operationsbasis des von Al-Qaida inspirierten weltweiten Terrorismus. Die Zahl der extremistisch Aktiven wird jedoch nur auf etwa ein Prozent dieser britischen Bevölkerungsgruppen geschätzt.

Viertens wird Großbritannien als "untergegangene Weltmacht" von vielen im nächstlichen Raum – wohl zu Unrecht – als potentielle Schwach- und Bruchstelle im internationalen Staatenverbund eingeschätzt, die anzugreifen daher große politische Wirkung verspricht. Die Hauptstadt London hat sich als besonders exponiert erwiesen, nicht zuletzt weil sie eine große Anzahl weltbekannter, symbolkräftiger Ziele bietet und sich selbst als Dreh- und Angelpunkt von Globalisierung und Demokratisierung begreift.

In einem bemerkenswerten Namensartikel in der aktuellen Nummer von *Foreign Affairs* unter dem Titel "A Battle for Global Values" hat Premierminister Tony Blair die seit dem 11. September 2001 entwickelte britische Gegenstrategie erläutert. Im Mittelpunkt steht die Einsicht, dass der Kampf gegen die neue Generation des Terrorismus islamistischer Prägung nur gewonnen werden

kann, wenn er vor allem auch als weltumspannende ideologische Überzeugungsarbeit begriffen und geführt wird. Eine fanatische Ideologie wird nicht besiegt, indem man ihre Führer aus dem Weg schafft, sondern indem man ihrem Gedankengut die Kraft nimmt.

Angriffspunkte hierfür liegen nicht nur in der Verwerflichkeit terroristischer Bluttaten selbst, sondern auch in dem absurd verfehlten Amerikabild der terroristischen Ideologen, ihrem vorseudalen, oligarchischen Herrschaftsmodell, ihrer Verachtung für wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung, ihrer reaktionären Haltung gegenüber Frauen und Andersgläubigen, ihren widerlegbaren Klagen über unterstellte westliche Übeltaten, ihrem Abschieben der Verantwortung für eigene Gewalttaten auf die Opfer und ihrer Ablehnung friedlicher Konfliktlösung und Koexistenz, gerade auch zwischen Israel und Palästina. Nach den besten Mitteln und Wegen, um diesen Kampf der Gedanken auszutragen, wird noch gesucht. Dazu gehört etwa die Entscheidung des BBC World Service für ein eigenes britisches Fernsehprogramm in Arabisch via Satellit für den Nahen Osten.

Dies ist keineswegs ein "Kampf der Zivilisationen" zwischen Islam und dem Westen, wohl aber ein Kampf um Zivilisation zwischen offenen Gesellschaften in aller Welt und einer radikalisierten Minderheit, die ein Zerrbild der islamischen Lehre als Rechtfertigung für Gewalt gebraucht. Der Hauptteil dieses Kampfes findet innerhalb der islamischen Welt selbst zwischen Moslems und Moslems statt.

Die führenden westlichen Demokratien müssen lernen ihren Teil zu leisten, indem sie für die eigenen Werte kraftvoll eintreten, sie leben und ihre Attraktion neu unter Beweis stellen. Diejenigen, die das offene Gesellschaftsmodell und seine Vertreter zutiefst hassen, wird dies unberührt lassen. Für die viel größere Zahl jener, die nicht dem Hass verfallen sind, aber am guten Willen, den Absichten und der Ausgewogenheit

der Politik internationaler Mächte zweifeln, macht es aber einen großen Unterschied, wenn internationale Macht konsequent und glaubwürdig nicht nur für Sicherheit und Wohlstand, sondern auch für Recht und Gerechtigkeit eingesetzt wird.

Blairs jüngster Artikel richtet sich vor allem an ein amerikanisches Publikum. Er will die USA als notwendigen, wenn nicht gar entscheidenden Mitstreiter in diesem lange andauernden, weltweiten ideologischen Kampf gewinnen. In der Zeit nach Bush könnte eine mögliche Abwendung der USA von ihrer weltweiten Führungsrolle denkbar werden – nicht nur für Blair die zentrale Furcht britischer Außenpolitik, der es schon jetzt werbend entgegenzuwirken gilt. In dem im Dezember 2001 veröffentlichten Videoband, in dem Osama Bin Laden seine Rolle bei den Anschlägen vom 11. September erörterte, kleidete dieser Vordenker des globalen Katastrophenterrorismus den Kerngedanken des weltweiten Streits um das Bewusstsein und die Seelen der Menschen in das schöne Wort: "Wenn die Leute ein starkes und ein schwaches Pferd sehen, wird ihnen natürlich das starke Pferd lieber sein." In der Tat geht es darum, die gemeinsame, verbundene Stärke der Demokratien sichtbar werden zu lassen.

Großbritannien stellt sich dieser Herausforderung mit einer Strategie, die den verbesserten Schutz gegen Bedrohungen mit Maßnahmen zur Schwächung der terroristischen Gegner verbindet. Die staatlichen Aufwendungen für Terrorismusbekämpfung, Aufklärung und Zivilschutz (Stichwort: Resilience) zu diesem Zweck wurden seit dem 11. September 2001 auf zwei Milliarden Pfund verdoppelt. Die britische Regierung legte im Juli 2006 ein Weißbuch zu ihrer seit 2003 verfolgten Strategie der Terrorbekämpfung vor ("Countering International Terrorism: The United Kingdom's Strategy"). Ziel dieser Strategie ist es, das Risiko von Anschlägen wirksam zu vermindern und zugleich den gewohnten Fortgang des täglichen Lebens zu sichern.

Die Strategie unter dem Codewort CONTEST umfasst vier Maßnahmenpakete:

- (1) Eindämmen der Radikalisierung Einzelner durch politische, wirtschaftliche, soziale, polizeiliche und kulturelle Schritte zur positiven Veränderung des Umfelds, in dem islamistische Radikalisierung und in manchen Fällen die anschließende Rekrutierung als Terrorist stattfindet (Stichwort: PREVENT). Dazu gehört vor allem auch die Ideenschlacht gegen die Ideologien des gewalttätigen Extremismus, primär durch Unterstützung jener Kräfte innerhalb des Islam, die den Ideologien der Hassprediger entgegentreten.
- (2) Unterbinden terroristischer Operationen national und im internationalen Verbund durch Aufklärung [u.a. durch Schaffung des *Joint Terrorism Analysis Centre (JTAC)* zur Bündelung nachrichtendienstlicher Fähigkeiten], rechtzeitiges Eingreifen, Strafverfolgung, Abschiebung sowie sonstige gesetzliche und exekutive Maßnahmen (Stichwort: PURSUE).
- (3) Vermindern der Verwundbarkeit Großbritanniens und britischer Einrichtungen im Ausland vor allem durch besseren Grenzschutz, Schutz kritischer Versorgungsinfrastruktur, Sicherheits- und technische Vorkehrungen gegen Anschläge im Verkehrsbereich, sowie Schutz von Menschenansammlungen (Stichwort: PROTECT).
- (4) Vorbereitung auf die erfolgreiche Bewältigung künftiger terroristischer Anschläge durch Risiko- und Folgenabschätzung, vorausschauende Bereitstellung der im Fall eines Anschlags erforderlichen Fähigkeiten und laufende Überprüfung des Bereitschaftsstands, unter anderem durch häufige Übungen und das Ziehen von Lehren aus Zwischenfällen, die sich schon ereignet haben (Stichwort: PREPARE).

Die militärischen Einsätze im Irak und in Afghanistan sind konzeptionell nicht Teil der Terrorbekämpfungsstrategie, sondern waren in

der Anfangsphase im Völkerrecht begründete Maßnahmen der gemeinsamen Verteidigung gegen Angriffe auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und sind heute kooperative Beistands- und Stabilisierungsoperationen im Einklang mit den Regierungen dieser Länder zur Stärkung der regionalen Sicherheit. Klar ist jedoch, dass Erfolg und Misserfolg der multinationalen zivilen und militärischen Bemühungen um die Stabilisierung der neuen, durch freie Wahlen legitimierten Werte- und Institutionenordnung in Afghanistan und Irak auch für die zukünftige weltweite terroristische Bedrohung mitentscheidend sind.

Die britische Regierung hat zudem ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, in konkreten, gezielten Einzelaktionen Streitkräfte zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus einzusetzen, wenn dies völkerrechtlich zulässig ist und es keine anderen wirksamen Mittel gibt.

Die in den Blair-Jahren gewachsene optimistische, handlungsorientierte Stimmungslage des britischen Gemeinwesens hat sich bei der Umsetzung der beschriebenen Strategie als hilfreich erwiesen. Die brillante Führung und Überzeugungskraft Blairs hat nicht nur zahlreiche fähige junge Menschen für das politische Handwerk begeistert, sondern vor allem auch dem öffentlichen Dienst Lebendigkeit und Schlagkraft verliehen. Wie kein anderer vermag es Blair, Werte und Interessen unter einen Hut zu bringen und zu tragfähiger Politik zu verschmelzen. Im Kampf gegen den Terrorismus werden nun die Werte sogar ausdrücklich zum wichtigen Mittel der Interessenwahrung.

Hier zeigt sich ein Grundprinzip Blairschen Denkens: Entscheidungen unter Zielkonflikt erfordern Lösungen, die alle gegebenen Ziele so integrieren, dass sich der größtmögliche Gesamtvorteil für das Gemeinwesen ergibt. Zwischen zwei widersprüchlichen Zielen soll man nicht wählen, und man darf ihnen auch nicht aus dem Weg gehen. Widersprüchliche Zielvorgaben sind – wie Werte und Interessen –

zwei Seiten derselben Medaille. Politische Wertekonflikte bestehen in dieser Gedankenwelt vor allem zwischen jenen, die auch im Notfall alle notwendigen Zielvorgaben zugleich weiter aktiv verfolgen und jenen, die bereit sind, eine davon aus ihrem praktischen Handeln zu verdrängen.

Konkret heißt dies für den Kampf gegen terroristischen Extremismus: Der Schutz der öffentlichen Sicherheit steht nicht im Gegensatz zum Schutz von Privatsphäre und Freiheit des Einzelnen, sondern beide bedingen sich gegenseitig. Daraus folgt aber nicht, dass unter dem Druck des Terrors und der Angst nun etwa beide Ziele gleichermaßen verwässert werden müssten, um sie vereinbar zu halten. Vielmehr müssen beide gleichzeitig in ihrem wesentlichen Kern gestärkt werden, während unwesentliche und daher schädliche Auswüchse und Fehlentwicklungen laufend korrigiert werden müssen.

Diese Philosophie macht Großbritannien zu dem Land mit der größten Überwachungsichte durch Straßenkameras, Abhörpraxis, verdeckte Operationen und Ermittlungshaft ohne Anklage, aber zugleich auch zum Land mit dem strengsten und effektivsten Datenschutz und vorbildlicher Meinungs- und Entfaltungsfreiheit. Seine zahlenmäßig vergleichsweise kleinen und wenig sichtbaren Sicherheitskräfte erzielen erstaunliche Erfolge bei der Verhinderung, raschen Aufklärung und gerichtlichen Strafverfolgung terroristischer Straftaten. Die Rechtsstaatlichkeit ist so tief verankert, dass sie selbst bei vereinzelten Missgriffen im Grauzonenbereich durch Untersuchungsverfahren und gerichtliche Klärung wenn nötig auch nachträglich wiederhergestellt wird.

Der entschlossene, zielstrebige, anspruchsvolle und durch die Verhinderung geplanter schwerer Anschläge bereits offensichtlich erfolgreiche Ansatz der britischen Bekämpfungsstrategie für islamistischen Terrorismus trägt wesentlich dazu bei, die Erfolgsgewissheit der britischen Öffentlichkeit trotz der schrecklichen terro-

ristischen Bombenanschläge in London am 7. Juli 2005 und der täglich bestehenden Gefahr neuer Anschläge zu untermauern. Damit läuft das Hauptziel des Terrors ins Leere: demokratische Zivilisation in Verzagen, Angst und Rückzug von der Welt zu drängen.

Die britische Strategie ist von breitem Konsens getragen und wird auch von Gegnern des Irakkriegs und Repräsentanten des organisierten Islam in Großbritannien unterstützt. Nach Blairs angekündigtem Rückzug von der Macht Mitte 2007 ist mit Kontinuität zu rechnen. Schatzkanzler Gordon Browns Rede am 10. Oktober 2006 in Chatham House zur Terrorismusbekämpfung entsprach vollkommen dem Denken Blairs, wie es sich in seinem 12-Punkte-Plan vom August 2005 und seinem aktuellen Artikel in *Foreign Affairs* ausdrückt.

Wenn nicht alles trügt, sind britische Moslems auf dem Weg dazu, ihr eigenes Land als das "starke Pferd" anzuerkennen – ein wichtiger erster Schritt zur Entmachtung des weltweiten terroristischen Impulses, der von Al-Qaida ausging. Dies dürfte vor allem ein Effekt der geballten integrativen Überzeugungskraft sein, die auch aus islamischer Sicht von einem auf glaubwürdigem Respekt vor dem Einzelnen ohne Ansehen von Rasse und Religion beruhenden Werteordnung, funktionierender demokratischer Öffentlichkeit, akzeptierter Legitimität staatlicher Gewalt und breiter wirtschaftlicher Wachstumsperspektive ausgeht: stärker, besser und gerechter als die jihadistische Alternative.

*britannicus**

* Klaus Becher schreibt als *britannicus* aus London, wo er das sicherheits- und technologiepolitische Beratungsunternehmen Knowledge & Analysis LLP leitet.

THEMEN

Die wachsende Bedeutung privater Akteure im Bereich der Intelligence

Private Akteure als Quellen, Abnehmer, Konkurrenten und Kooperationspartner staatlicher Nachrichtendienste

In der alten, vertrauten Welt, der geopolitischen Welt, beschäftigte sich militärische Intelligence mit militärischen Angelegenheiten, politische Intelligence mit Politik und wirtschaftliche Intelligence mit Wirtschaft. In einer neuen Welt der Geo-Ökonomien muss sich diese Aufteilung ändern, da Regierungen und Regierungsinstitutionen nicht mehr die selbstverständlichen Schlüsselakteure und Überwacher der weltweiten Ereignisse sind.¹

Einleitung

Die seit den 90er Jahren geführte Diskussion über die zunehmende Privatisierung vormals staatlicher Tätigkeitsbereiche hat inzwischen das Feld der ehemals praktisch autarken Nachrichtendienste erreicht. Auch auf diesem Gebiet bilden sich immer mehr und differenziertere Beziehungen zwischen Staat und privatem Sektor heraus.

Die wachsende Bedeutung privater Akteure für staatliche Nachrichtendienste steht in einem engen Zusammenhang mit dem seit den 80er Jahren hereinbrechenden Informationszeitalter. Dieses kennzeichnet sich vor allem durch die Explosion frei verfügbarer Informationen sowie durch die weltweite Vernetzung von Informationsinfrastrukturen. Die zentrale Rolle hierbei spielt das Internet, welches beliebigen Personen weltweit Zugang zu einer nahezu unendlichen Fülle von Daten und Informationen sowie zu räumlich

entfernten lokalen Netzwerken ermöglicht.

Aber auch die veränderte Sicherheitslage nach dem Kalten Krieg war für diese Entwicklung von großer Bedeutung.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete eine niedrigere Bedrohungslage, die eine Lockerung von gesetzlichen Beschränkungen erlaubte. Dadurch wurde privaten Akteuren ein breiterer Zugang zu dem zuvor fast ausschließlich dem Staat vorbehaltenen nachrichtendienstlichen Bereich eröffnet.

Zudem wurden nach 1990 bei den Nachrichtendiensten Ressourcen frei, die zuvor an den Ostblock gebunden gewesen waren. In den 90er Jahren konkurrierten zumindest die hoch entwickelten Staaten primär in wirtschaftlicher Hinsicht, was zur Folge hatte, dass freigewordene nachrichtendienstliche Kapazitäten zur Erreichung ökonomischer Sicherheit und damit auf wirtschaftliche Akteure als Ziele eingesetzt wurden.

Im Folgenden werden vier voneinander unabhängige Gebiete untersucht, in denen private Akteure eine zunehmende Bedeutung für staatliche Nachrichtendienste erlangt haben: Wirtschaftsspionage, Private Satellitenaufklärung, Information Warfare und Private Intelligence Services. Die Beziehungen zwischen den beiden Sphären sind dabei jeweils vollkommen unterschiedlicher Art.

Wirtschaftsspionage

Als Wirtschaftsspionage bezeichnet man die *illegale* Beschaffung und Verwertung von internen Informationen ausländischer Unternehmen durch staatliche Geheimdienste eines Landes. Diese werden dann an Unternehmen des eigenen Landes weitergegeben, um sie im Wettbewerb gegenüber der internationalen Konkurrenz zu stärken. Private Unternehmen können daher als Abnehmer staatlicher Intelligence klassifiziert werden.

Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass für ein effizientes Betreiben von Wirtschaftsspionage ein wechselseitiger Austausch zwischen Unternehmen und den Diensten nötig ist. Organisatorisch ist das zumeist eine staatliche Stelle, die eine nationale Industriepolitik definiert und im Anschluss daran die Spionageaktivitäten steuert. Dabei melden Unternehmen ihren Bedarf kontinuierlich an diese Stelle.

Bei der Frage nach der Intensität von Wirtschaftsspionage erscheint eine Differenzierung zwischen dem Rüstungsbereich und den übrigen Bereichen wirtschaftlicher Tätigkeit sinnvoll. Spionage im Rüstungsbereich muss als legitimes Interesse von Nachrichtendiensten gelten, da hiervon unmittelbar die nationale Sicherheit betroffen ist. Insgesamt kann daher von einer mehr oder minder akzeptierten Praxis gesprochen werden. Darüber hinaus verschwimmen in diesem Bereich Wirtschaftsspionage und "normale" Spionage, denn Rüstungsunternehmen befinden sich selbst in einer Grauzone zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Das Ausmaß von Wirtschaftsspionage in den übrigen, weniger sicherheitssensitiven Bereichen variiert von Land zu Land und ist schwer abzuschätzen. Zahlen über entstandene Schäden, die in der Literatur oder in Medienberichten zu dem Thema gehandelt werden, sollten daher äußerst kritisch hinterfragt werden. Jedoch lässt sich mit Sicherheit feststellen, dass vor allem in den 90er Jahren die Rahmenbedingungen für Wirtschaftsspionage günstig waren, da dem Ziel der ökonomischen Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges größte Bedeutung für die Machtverteilung im internationalen Rahmen zugemessen wurde. Der "Wirtschaftskrieg" nahm bis zur Ablösung durch den internationalen Terrorismus als größte Bedrohung die prioritäre Stellung in der Sicherheitspolitik ein. In dieser Zeit wurde der Einsatz der Geheimdienste für Wirtschaftsspionage sowohl in der Intelligence-Praxis, als auch in der

¹ Agrell, Wilhelm: Global Watch – world events and business intelligence, in: Sigurdson, Jon/Tagerud, Yael: The Intelligent Corporation, London: Taylor Graham Publishers, 1992, S. 99 (eigene Übersetzung)

Literatur intensiv und kontrovers diskutiert.

Aus der Analyse der Wirtschaftsspionage-Aktivität der entwickelten Länder lässt sich folgende Tendenz erkennen: Systematische Wirtschaftsspionage wird von einem Land desto eher betrieben, je mehr Staat und Wirtschaft dieses Landes ineinander verwoben sind. Auf einem Kontinuum würde unter den hoch entwickelten Mächten die USA als individualistische Gesellschaft an dem einen Extrempunkt stehen, Japan als gemeinschaftliche Gesellschaft am anderen. In Japan

ist es damit einfacher, direkte und dauerhafte Verbindungen zwischen Nachrichtendiensten und privaten Unternehmen aufzubauen, so dass Wirtschaftsspionage effizient betrieben werden kann.

In den USA wie auch in Deutschland gibt es für eine *wechselseitige* Austauschbeziehung zwischen Geheimdiensten und privatwirtschaftlichen Unternehmen keine Anhaltspunkte. Mit Ausnahme des Rüstungssektors, der, wie erläutert, eine besondere Rolle spielt, kann davon ausgegangen werden, dass es keine regelmäßigen Verbindungen zwischen

Nachrichtendiensten und privatwirtschaftlichen Unternehmen gibt und damit auch keine systematische Wirtschaftsspionage betrieben wird. Jedoch versuchen die Nachrichtendienste Wettbewerbsverletzungen und andere illegale Praktiken von ausländischen Konkurrenzfirmen aufzudecken, wodurch die heimische Wirtschaft auf andere Weise unterstützt wird. Dabei kommen durchaus nachrichtendienstliche Mittel zum Einsatz, von amerikanischer Seite zum Beispiel das Abhörsystem ECHELON.

Tabelle 1: Klassifizierung von Begriffen der wirtschaftlichen Spionage		Informationsbeschaffung	
		legal	illegal
Ausführender Akteur	staatlich	Wirtschaftsaufklärung	Wirtschaftsspionage
	privat	Business Intelligence/ Competitive Intelligence	Konkurrenzspionage

Private Satellitenaufklärung

Während in der Wirtschaftsspionage per Definition schon ein Zusammenhang zwischen privaten Akteuren und staatlichen Nachrichtendiensten besteht, haben erstere im Bereich der Satellitenaufklärung erst in den letzten Jahren eine Bedeutung für die Dienste gewonnen.

Bereits seit den 70er Jahren ist es möglich, Bilder von staatlichen Satelliten kommerziell zu erwerben, beispielsweise des französischen SPOT-Satellitensystems oder des amerikanischen Landsat-Programmes. Doch erst seit September 1999 gibt es mit Ikonos 2 der Firma Space Imaging einen rein privat betriebenen Aufklärungssatelliten, dessen Bildweitergabe staatlicherseits nicht mehr ohne weiteres kontrolliert werden kann. Im Jahr 2001 kam der Satellit Quickbird der Firma DigitalGlobe hinzu. Angesichts des Dual-Use-Charakters von Aufklärungssatelliten sowohl für kommerzielle, als auch für mögliche militärische Zwecke, sind den meist von Geheimdiensten betriebenen staatlichen Aufklä-

rungssatelliten zum ersten Mal Konkurrenten entstanden.

Bei der Analyse der Bedeutung von privat betriebenen Aufklärungssatelliten muss zwischen Staaten unterschieden werden, die über eigene derartige Kapazitäten verfügen, und solchen, die zuvor keinen eigenen Zugang zu Satellitenbildern hatten.

Das Aufkommen privater Akteure im Bereich IMINT eröffnet Akteuren im internationalen und transnationalen Raum, die zuvor über keinen Zugang zu Satellitenbildern verfügten, vollkommen neue Möglichkeiten. Diskutiert wird dies in der Literatur unter dem Stichwort der "globalen Transparenz".

Nationalstaaten, die bisher über keine eigenen Satellitenaufklärungskapazitäten verfügen, können nun Entwicklungen auf der ganzen Welt verfolgen. Zu diesen Staaten gehörte bis vor kurzem unter anderem auch Deutschland. Gegenwärtig baut die Bundeswehr ihr eigenes nationales Beobachtungssystem "SAR LUPE" auf, um nicht mehr ausschließlich auf die amerikanischen Nachrich-

tendienste oder private Betreiber als Quelle für IMINT angewiesen zu sein. Der BND greift aber schon seit langem auf kommerziell vermarktete Satellitenbilder zu. Dies wurde spätestens 1987 öffentlich bekannt, als der BND SPOT-Bilder benutzte, um die Konstruktion einer Chemiewaffenfabrik in der Nähe von Rabta in Libyen öffentlich zu belegen.²

Internationale Organisationen, allen voran die UN, profitieren, da sie mit privaten Satellitenbetreibern unabhängig von der Weitergabe von Bildern der Geheimdienste ihrer Mitgliedsstaaten werden.³ Auch nichtstaatliche Organisationen (NGOs) profitieren von dieser Entwicklung, indem sie mit Satellitenbildern schlagkräftige Argumente sammeln um Nationalstaaten zum Handeln in ihren Anliegen zu bewegen.⁴

² Florini, Ann M./Dehqanzada, Yahya A.: Secrets for Sale: How Commercial Satellite Imagery will change the World, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2000, S. 4

³ Lynch, Colum: Private Firms Aid U.N. On Sanctions; Wider Intelligence Capability Sought, The Washington Post vom 21.4.2001

⁴ vgl. Litfin, Karen T.: The Globalization of Transparency: The Use of Commercial Satellite Imagery by Nongovernmental Organiza-

In einer anderen Situation befinden sich Länder, die über eigene Spionagesatelliten verfügen. Für sie gehen große Gefahren von der weltweiten Verbreitung von privaten Satellitenbildern aus, andererseits können auch sie von den Entwicklungen auf dem privaten Sektor profitieren. In erster Linie sind bei den westlichen Nachrichtendiensten hiervon die USA betroffen, die auf dem Gebiet der militärischen wie zivilen Fernaufklärung führend sind, jedoch trifft die Problematik Länder wie Frankreich in ähnlicher Weise.

Insgesamt kann der Zugang zu privater Satellitenaufklärung die militärische Stärke von potentiellen Gegnern entscheidend erhöhen, man stelle sich beispielsweise vor, dass Saddam Hussein während des letzten Golfkriegs die Position der amerikanischen Truppen und deren Bewegungen hätte nachvollziehen können. Die Frage ist jedoch ob die Staaten, die über eigene Satellitenaufklärung verfügen, nicht ebenso von privater Satellitenaufklärung profitieren können, indem sie ihre eigenen Kapazitäten teilweise abbauen und ihre klassifizierten Quellen in sinnvoller Weise ergänzen. Denn während die Qualität der Bilder stetig steigt, verkürzt sich die Verzögerung zwischen Aufnahme und Lieferung, wodurch inzwischen viele nachrichtendienstliche und militärische Bedürfnisse befriedigt werden können.⁵

Für Intelligence-Überwachungsmissionen mit hoher Priorität sind private Kapazitäten zumindest in naher Zukunft zwar kaum nutzbar, jedoch dürften sie für Aufgaben, die weniger dringend und weniger komplex sind, gut geeignet sein.⁶ Darunter fallen unter anderem die weitläufige Überwa-

chung von Regionen zur Entdeckung neuer Aktivitäten oder Bau-tätigkeiten sowie die Überwachung von Waffentests und -fabriken, Militärbewegungen und Abrüstungsvereinbarungen.⁷

Ein grundsätzlicher Vorteil neben der erwarteten Kostensenkung privater Produkte besteht darin, dass sie keine Geheimhaltungsstufe erfordern und somit an Verbündete oder die Öffentlichkeit weitergegeben werden können. Vor allem für politische Entscheidungsträger als Abnehmer von Intelligence steigt der Wert der Information damit. Aber auch die Nachrichtendienste selber können solche Bilder an andere Nachrichtendienste weitergeben, was die Zusammenarbeit vereinfacht.

Information Warfare

In dieser Arbeit wird eine an Dietrich Cerny angelehnte Definition benutzt⁸, die sich in das sicherheitspolitische Verständnis von Information Warfare einordnen lässt. Information Warfare ist danach die Austragung von Konflikten zwischen Parteien, wobei für die Durchsetzung der jeweiligen Absichten Mittel der Informationstechnik zur Störung, Lähmung oder Zerstörung der Informationsversorgung des Kontrahenten und seiner kritischen Infrastrukturen eingesetzt werden. Kritische Infrastrukturen sind dabei "Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden".⁹

Aufgrund der hohen Abhängigkeit moderner Gesellschaften aber auch des Militärs von Informationsinfrastrukturen entsteht eine

Gefahr, die Vordenker in den USA schon in den frühen 90er Jahren von einem möglichen "electronic Pearl Harbor" sprechen ließen. Befürchtet werden mit informationstechnischen Mitteln geführte Angriffe, die kritische Infrastrukturen wie das Internet, das Telefonnetz oder das Energieversorgungsnetz lahm legen und die Nation somit handlungsunfähig machen.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist somit eine Aufgabe der nationalen Sicherheit und daher Aufgabe der Nachrichtendienste, wobei die Eigentümer solcher Infrastrukturen meist private Akteure sind. Bei der *defensiven* Information Warfare sind Geheimdienste daher gezwungen, mit den privaten Betreibern kritischer Infrastrukturen zusammen zu arbeiten. Im Gegensatz zu den zuvor beschriebenen Bereichen, in denen private Akteure als Abnehmer und Quellen (Wirtschaftsspionage) bzw. Konkurrenten (Satellitenaufklärung) klassifiziert wurden, sind die Dienste hier also auf die Kooperation mit den privaten Betreibern angewiesen. Das impliziert, dass gerade in diesem Bereich die Nachrichtendienste gezwungen sind, relativ viele Informationen weiterzugeben, zunächst an andere beteiligte Regierungsstellen, aber auch an den privaten Sektor, was bei den Diensten auf starke Widerstände treffen dürfte.

Neben diesen defensiven Aufgaben sind die Nachrichtendienste auch zuständig für die Ausbildung *offensiver* Information-Warfare-Fähigkeiten, womit ihnen ein neues Aufgabengebiet im Bereich verdeckter Handlungen zugekommen ist. Gerade dies sichert ihnen aber auch eine Expertenrolle in der Abwehr möglicher Information Warfare Attacken.

Business Intelligence

Im Folgenden werden zwei Entwicklungen im privaten Sektor angesprochen, die jeweils eine große, wenn auch unterschiedliche Bedeutung für die Arbeit staatlicher Nachrichtendienste haben.

tions, in: Baker, John C./O'Connell, Kevin M./Williamson, Ray A. (Hrsg.): Commercial Observation Satellites: At the Leading Edge of Global Transparency, Santa Monica: RAND Corporation, 2001

⁵ Baker, John C./Johnson, Dana J.: Security Implications of Commercial Satellite Imagery, in: Baker, John C./O'Connell, Kevin M./Williamson, Ray A. (Hrsg.): Commercial Observation Satellites: At the Leading Edge of Global Transparency, Santa Monica: RAND Corporation, 2001, S. 110.

⁶ ebd.

⁷ ebd., S. 110/111.

⁸ vgl. Cerny, Dietrich: Information Warfare – Eine neue Bedrohung für Staat und Wirtschaft?, in: Tagungsband 5. Deutscher IT-Sicherheitskongress des BSI 1997, Ingelheim: SecuMedia Verlag, 1997

⁹ Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Einführung in den Schutz kritischer IT-Infrastrukturen, Bonn, 2005, http://www.bsi.bund.de/fachthem/kritis/KRITI_S_Einfuehrung.pdf

Erstens sind auf dem Feld der Competitive Intelligence im privatwirtschaftlichen Bereich extrem leistungsfähige Instrumente zur Analyse großer Mengen von Daten entwickelt worden, die unter dem Namen Data Mining bekannt sind. Welche Bedeutung Data Mining für die Nachrichtendienste hat erschließt sich leicht in Anbetracht der Masse an Informationen, die täglich legal (beispielsweise Flugpassagierdaten) und illegal (beispielsweise mittels ECHELON) gewonnen werden. Eine Schlüsselrolle kommt der Methode vor allem bei den "neuen" Bedrohungen wie der organisierten Kriminalität oder dem internationalen Terrorismus zu, bei deren Abwehr Terroristen durch Abgleich verschiedener Datenbanken und abgehörter Kommunikation aufgedeckt werden sollen.

Um von dem im privaten Sektor vorhandenen Wissen im Bereich Data Mining zu profitieren hat die CIA einen Venture Capital Fond mit dem Namen In-Q-Tel gegründet, der jungen Unternehmen finanzielle Mittel bereitstellen soll.¹⁰ Die CIA weist öffentlich darauf hin, dass sie mit In-Q-Tel gerade auch im Bereich Data Mining Hilfe vom privaten Sektor bekommen hat und weiterhin sucht.¹¹ Von 48 auf der Homepage vorgestellten Unternehmen sind nach eigenen Recherchen 17 in diesem Bereich aktiv, namentlich Attensity, Convera, Decru, Endeca, FMS, Initiate Systems, Intelliseek, Inxight, Kofax, NovoDynamics, piXlogic, Soflinx, Spotfire, Stratify, SRD, Thetus und Visual Sciences. Im Bereich Data Mining fungieren private Akteure damit als Quellen für die Nachrichtendienste, wenn auch weniger mit Bezug auf spezifische Daten als vielmehr in methodischer Hinsicht.

Zweitens sind, bedingt durch die stark steigende Zahl von Risiken für transnationale Unternehmen, private Dienstleister entstanden, die gegen Bezahlung eigene Intelligence-Aktivitäten betreiben.

Transnationale Konzerne aller Branchen haben heute ein Informationsbedürfnis, das weit über den wirtschaftlichen Bereich und damit über das, was Competitive Intelligence liefert, hinausgeht. Sie agieren vielfach in Staaten, die ihre Sicherheit nicht mehr garantieren können. Das führt dazu, dass sie sowohl qualitativ wie auch quantitativ stark erhöhten Risiken ausgesetzt sind, für deren Einschätzung (und Abwehr) sie selbst sorgen müssen. Spätestens mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist dafür ein breites Bewusstsein entstanden und damit das Bedürfnis nach privater Intelligence. Private Intelligence Services nehmen Unternehmen und anderen Organisationen die aufwändige Sammlung und Auswertung von Informationen mit Risikopotential ab, welche diese in den meisten Fällen aus mehreren Gründen nicht selbst leisten können oder wollen. Die Aufgabe der Private Intelligence Services besteht somit in der Aggregation von Daten, dem Filtern und Verdichten von Informationen, der Analyse von Wissen und dem Generieren von neuem Wissen.¹²

Mit dem Aufkommen von Private Intelligence Services sind staatliche Nachrichtendienste mit einem Phänomen neuer Qualität konfrontiert, da den Diensten mit ihnen zum ersten Mal Konkurrenten erwachsen sind, die der gleichen Kerntätigkeit nachgehen. Dies ist für staatliche Nachrichtendienste problematisch, da Wissen und Kenntnisse über Methoden der Dienste in den privaten Sektor abfließen, wo sie keinerlei Kontrolle mehr unterliegen. Diese Gefahr entsteht hauptsächlich aus der Tatsache heraus, dass viele, zum Teil sehr ranghohe Geheimdienstmitarbeiter in den privaten Sektor übergewechselt sind und dort selbst Private Intelligence Services gegründet haben oder von solchen beschäftigt werden. Beispiele sind Shabtai Shavit, der von 1989 bis 1996 Direktor des israelischen Geheimdienstes Mossad war und nun Chairman der israelisch-amerikanischen

ATHENA GS3 Security Implementations Ltd. ist, Frederick W. Rustmann, Jr., der 1990 nach 24jähriger Beschäftigung bei der CIA ausschied und nun Chairman des Executive Committee der amerikanischen CTC International Group Inc. ist, James Woolsey (Direktor des CIA von 1993 bis 1995), William H. Webster (Direktor des CIA von 1987-1991 und Direktor des FBI von 1978-1987) und William S. Sessions (Direktor des FBI von 1987-1993), die heute Berater für die amerikanische GlobalOptions Inc. sind, sowie Gerard Burke, früherer Assistant Director der NSA und Executive Director des Foreign Intelligence Advisory Board von Präsident Nixon, der nach Gründung eines eigenen Private Intelligence Service mit dem Namen Parvus nun Direktor von Global Source LLC ist.

Die Gefahren durch Missbrauch von privater Intelligence sind sehr ernst zu nehmen, jedoch eröffnet sich für die Dienste damit auch eine Chance mit der Flut öffentlich verfügbarer Informationen des Informationszeitalters fertig zu werden. In den letzten Jahren ist der Anteil offener Quellen innerhalb der nachrichtendienstlichen Arbeit aufgrund der Explosion öffentlich zugänglicher Informationen stark gestiegen. Diese Entwicklung hat den Wert geheimer Informationen gemindert¹³, doch die Dienste haben es bisher nicht geschafft, angemessen darauf zu reagieren. Offene Quellen dürften heute deutlich mehr als 80 Prozent ausmachen (einige Autoren sprechen von bis zu 95 Prozent), jedoch ist unumstritten, dass das OSINT-Potential bei weitem nicht ausgeschöpft wird.¹⁴ Zumal OSINT keiner oder nur einer geringen Geheimhaltungsstufe unterliegt, sprechen sich Autoren wie Stevan Dedijer, Robert D. Steele, Bruce Berkowitz/Allan Goodman oder William J. Lahnenan dafür aus, die Sammlung und Auswertung von OSINT

¹⁰ Hulnick, Arthur S.: Keeping us safe: Secret Intelligence and Homeland Security, Westport: Praeger Publishing, 2004, S. 64

¹¹ vgl. www.in-q-tel.com

¹² Lux, Christian/Peske, Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage, Wiesbaden: Gabler, 2002, S. 40

¹³ Trevorton, Gregory F.: Reshaping National Intelligence for an Age of Information, RAND Studies in Policy Analysis, Cambridge: Cambridge University Press, 2003, S. 226

¹⁴ siehe beispielsweise Dupont, Alan: Intelligence for the Twenty-First Century, in: Intelligence and National Security, Vol. 18, Nr. 4, 2003, S. 26

hauptsächlich oder ganz dem privaten Sektor zu überlassen.

Die jüngsten Entwicklungen lassen darauf schließen, dass den Forderungen solcher Autoren mehr und mehr entsprochen wird. So wurde von John Negroponte, der das neu geschaffene Amt des Director of National Intelligence (DNI) innehat, im November 2005 angekündigt, eine eigene, organisatorisch selbständige Einheit für OSINT zu bilden, nämlich das innerhalb der CIA angesiedelte DNI Open Source Center.¹⁵

Fazit

Die Bedeutung privater Akteure für staatliche Nachrichtendienste ist seit dem Ende des Kalten Krieges sowohl quantitativ, als auch qualitativ gewachsen. Quantitativ vor allem deshalb, weil sich einerseits das Aufgabengebiet der Dienste stark verbreitert hat und nun in vielen Bereichen in den privaten Sektor hineinreicht. Andererseits ist eine Privatisierung vormals staatlicher Intelligence-Tätigkeiten wie z.B. die Aufklärung von Volkswirtschaften zu beobachten. Qualitativ ist vor allem die wachsende Bedeutung transnationaler Unternehmen als eigenständige Akteure in der internationalen Politik hervorzuheben und, damit zusammenhängend, das Aufkommen der Private Intelligence Services als Konkurrenten im Kernfeld nachrichtendienstlicher Aufgaben. Die neue Eigenständigkeit transnationaler Unternehmen kann dabei ein neues Motiv für staatliche Dienste sein, Wirtschaftsspionage zu betreiben. Dies wäre eine neue Art von Wirtschaftsspionage, die nicht darauf zielt, die heimische Wirtschaft zu unterstützen, sondern im Eigeninteresse der Dienste Aufklärung über die Interessen und Aktivitäten solcher Akteure zu gewinnen.

Grundsätzlich ist eine zunehmende Verschränkung von staatlichen und privaten Akteuren im Bereich der Intelligence festzustellen. In einigen Bereichen geschieht dies, da sich die Aufgaben für beide in

ähnlicher Weise stellen, beispielsweise im Bereich Business Intelligence für staatliche Nachrichtendienste und Private Intelligence Services oder im Bereich wirtschaftlicher Spionage für Wirtschafts- und Konkurrenzspione. Besonders auf den Feldern Information Warfare und Abwehr von Wirtschafts- und Konkurrenzspionage, die zur Counterintelligence gehören, sind die Dienste zur Kooperation mit privaten Unternehmen gezwungen, um wirksame Ergebnisse zu erzielen.

Mit der zunehmenden Herausbildung einer im Privatsektor angesiedelten Intelligence-Branche geht eine steigende Konkurrenz um Personal einher. Waren zu Zeiten des Kalten Krieges noch einige der besten Experten auf ihrem Feld bei den Nachrichtendiensten beschäftigt, so haben diese heute in vielen Bereichen Probleme, qualifizierte Beschäftigte zu finden. Dies liegt zum einen an der sich ändernden Wahrnehmung der Dienste in der Öffentlichkeit und zum anderen an den Gehältern und Entwicklungsmöglichkeiten, die der private Sektor bietet. Dieses Problem wird von den Nachrichtendiensten dadurch zu entschärfen versucht, dass Experten eine relativ lose Zusammenarbeit angeboten wird. Darüber hinaus ist es in zunehmendem Maße möglich, zwischen öffentlichem und privatem Sektor hin- und herzuwechseln.

Insgesamt stehen die Dienste also in unterschiedlichem Verhältnis zu Akteuren des privaten Sektors, in einigen Bereichen sind sie Quellen, in anderen Abnehmer, Konkurrenten oder Kooperationspartner.

Die Politik der Geheimdienste hat sich bisher um keine Klarstellung dieses Verhältnisses gekümmert, was dazu führt, dass ihnen private Akteure, die eventuell mehrere dieser Rollen spielen, mit einiger Reserviertheit begegnen. Problematisch ist dies für die Dienste vor allem da, wo sie private Akteure als Kooperationspartner oder Quellen benötigen.

Um Vertrauen aufzubauen setzt die Intelligence Community in den

USA vor allem auf eine freiwillige Kooperation mit dem privaten Sektor, um von dessen Kapital, technischer Expertise und Schnelligkeit in der Entwicklung zu profitieren. Die Ansätze reichen dabei von Versuchen, über die CIA-eigene Firma In-Q-Tel Venture Kapital für junge, viel versprechende Unternehmen bereitzustellen, über die Subventionierung von am Markt nicht rentablen, für die Dienste aber interessante Investitionen, wie beispielsweise einer schnelleren Übertragung von aufgenommenen Satellitenbildern an Erdstationen zur weiteren Verarbeitung, bis hin zu einer freiwilligen Selbstbeschränkung bei der Vermarktung sensibler Techniken und Produkte im Kommunikationsbereich oder wiederum bei den privaten Satellitenaufklärern.¹⁶

Ein positiver Nebeneffekt des zunehmenden Rückgriffs staatlicher Dienste auf private Akteure ist, dass diese Entwicklung die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten verschiedener Länder vereinfacht.¹⁷ Neue Bedrohungen wie der internationale Terrorismus oder die organisierte Kriminalität erfordern zur Bekämpfung die Zusammenarbeit der Staaten, jedoch handhaben diese die Weitergabe von Geheimdienstinformationen traditionell sehr restriktiv. Durch die zunehmende Bedeutung von OSINT, die Private Intelligence Services in steigendem Maße auswerten, sowie durch die Verfügbarkeit privater Satellitenbilder ist die Notwendigkeit der strikten Geheimhaltung in vielen Fällen nicht mehr gegeben, wodurch eine Weitergabe von Informationen zwischen verschiedenen Nachrichtendiensten erleichtert wird.

Internationale Institutionen wie die UN bedienen sich bereits dieser neuen Quellen, um von den staatlichen Nachrichtendiensten

¹⁵ vgl. Office of the Director of National Intelligence: News Release No. 6-05, 8.11.2005, <http://www.fas.org/irp/news/2005/11/odni110805.html>

¹⁶ Berkowitz, Bruce D./Goodman, Allan E.: Best Truth: Intelligence in the Information Age, New Haven: Yale University Press, 2000, S. 51-53

¹⁷ vgl. Rathmell, Andrew: The Privatisation of Intelligence: A Way Forward for European Intelligence Co-operation, Cambridge Review of International Affairs, Vol. XI, Nr. 2, 1998, S. 199-211

ihrer Mitgliedsländer unabhängig zu werden. Sie nutzen daher Private Intelligence Services ebenso wie eine Vielzahl staatlicher Behörden. Ob und in welchem Umfang Geheimdienste auf sie zurückgreifen, konnte vom Autor nicht herausgefunden werden. Die Private Intelligence Services sind in der wissenschaftlichen Literatur bisher noch nicht untersucht. Sie stellen jedoch ein Phänomen neuer Qualität dar, dem sich die Intelligence-Forschung in zunehmendem Maße widmen werden muss.

Peter Harbich, Berlin

Dipl.-Kfm. Peter Harbich studierte Betriebswirtschaft und Politik in Wien, Paris und Köln.

Der Beitrag gibt die persönlichen Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Kontinuität im Wechsel

Der Reformler Junichiro Koizumi hat seinem Nachfolger Shinzo Abe ein Land übergeben, das wirtschaftlich wieder Tritt gefasst hat

Mit dem reibungslosen Machtwechsel von Koizumi zu Abe ist Japan – nach seiner "verlorenen Dekade" – ökonomisch gut aufgestellt. Doch der neue Ministerpräsident muss den Reformkurs seines Vorgängers vor allem innenpolitisch energisch fortsetzen; das alternde, postindustrielle Japan hat mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie Deutschland.

Im September 2006 legte Junichiro Koizumi seine Ämter als Premierminister Japans und Vorsitzender der LDP nieder und übergab beide Positionen an den von ihm für die Nachfolge vorgesehenen Shinzo Abe, nachdem dieser sich in einer parteiinternen Wahl souverän durchgesetzt hatte.

Mit Koizumi ist der ungewöhnlichste LDP- und Regierungschef von der politischen Bühne abgetreten; in seiner Amtszeit – der

drittgrößten der japanischen Nachkriegsgeschichte – hat er sein Land nachhaltig verändert. Er hat den Stab an einen Nachfolger aus einer alten Politikerdynastie übergeben, dessen Vater Shintaro Abe Außenminister und dessen Großvater Nobusuke Kishi ebenfalls Premierminister war.

Junichiro Koizumi hätte keinen besseren Zeitpunkt für seinen Rücktritt wählen können. Er führte seine Partei in den Unterhauswahlen vom September 2005 zu einem überwältigenden Wahlsieg, der schwer zu wiederholen sein dürfte. Koizumi errang diesen Sieg zudem gegen das Establishment und die Maschinerie der eigenen Partei, das Fundament der jahrzehntelangen Dominanz der Liberal-Demokraten. Dadurch hat er zwar seine Reformagenda befördert, aber möglicherweise auch die Zukunftschancen der LDP untergraben. Er hat seinem Nachfolger Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen überlassen, die unumgänglich sein werden, um die überbordende Staatsverschuldung abzubauen. Shinzo Abe muss sich zudem mit den Einzelheiten der von Koizumi angestoßenen Privatisierung der Post, einer Jahrhundertreform, auseinandersetzen. Durch seine wiederholten Besuche des Tokioter Yasukuni-Schreins, in dem auch verurteilter Kriegsverbrecher gedacht wird, wurde Koizumi zu einer solch ernsthaften Belastung für das japanisch-chinesische Verhältnis, dass Regierungsvertreter beider Seiten in der Einschätzung übereinstimmten, eine Verbesserung der Beziehungen werde erst unter seinem Nachfolger möglich sein.

Politische Reformen

Koizumi war in erster Linie ein politischer Reformler und erst in zweiter ein Reformler der Wirtschaft und Außenpolitik, für die er im Ausland bekannt wurde. Um seine Reformziele durchzusetzen, setzte er vor allem bei seiner eigenen Partei an. Er identifizierte die verkrusteten Strukturen und

intransparenten Selbstbehauptungsmechanismen der strukturalistischen Klientelpartei, die das Land seit den fünfziger Jahren dominierte, als Haupthindernis für den Wandel. Dank seiner persönlichen Popularität konnte er gegen mächtige Teile des Parteiestablishments die Führung übernehmen. Da es ihm auch als Ministerpräsident gelang, diese Popularität zu erhalten, beherrschte er die Partei wie kaum einer seiner Vorgänger und konnte seine politische Unabhängigkeit bewahren.

Die japanische Parteienlandschaft befindet sich seit 1993 in einem Umbruch, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Dieser ist geprägt durch eine große Volatilität im Wählerverhalten, die in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat; das hat den großen Wahlsieg der LDP, den sie vor allem der Popularität Koizumis, dem wirtschaftlichen Aufschwung und nicht zuletzt der Schwäche der Opposition verdankte, zu einer Momentaufnahme gemacht. Ob es Koizumi gelungen ist, aus einer Partei des Status quo eine Partei der Reform zu machen, bleibt abzuwarten.¹⁸

Wiederbelebung der Wirtschaft

Als Koizumi im April 2001 zum neuen LDP-Vorsitzenden gewählt wurde und damit auch das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, hatte Japan bereits das zehnte Jahr der längsten Krisenperiode der Nachkriegszeit hinter sich. Von 1992 an hinkte Japan als lahrender Wirtschaftsriese dem weltwirtschaftlichen Wachstum hinterher. Es nagte zudem am nationalen Selbstbewusstsein, dass alle Welt sich fasziniert dem rasanten Aufstieg des gro-

Koizumi identifizierte seine eigene Partei, die das Land seit den fünfziger Jahren dominierte, als Haupthindernis für den Wandel.

¹⁸ Zu Koizumis Reformpolitik siehe u.a. Jürgen Kahl: Japan zwischen Aufschwung und Verunsicherung: Wie weit trägt die Reformpolitik nach Koizumi, Internationale Politik und Gesellschaft 2/2006, S. 58–84; Heinrich Kreft: Japan und die USA: Sicherheitsallianz auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft mit globaler Reichweite?, KAS-Auslandsinformationen 1/2003, S. 4–13; Malcom Cook: Koizumi's Legacy: Japan's New Politics, Lowy Institute, Sydney, August 2006.

ßen Nachbarn China zuwandte. Die Versuche der Politik, mit einer Abfolge immer größerer Konjunkturpakete die Krise zu beenden, entfachten nur konjunkturelle Strohfeuer, während sie das Land gleichzeitig an die Spitze der am höchsten verschuldeten Industrieländer führte. Erst mit den heftigen Turbulenzen auf den Finanzmärkten der Region während der so genannten Asien-Krise (1997/98) gewann die strukturelle Reformdebatte in Japan an Fahrt. In der Folge wurden per Gesetz die Unabhängigkeit der Zentralbank gestärkt und weitere Reformen (Bankenreform, Bürokratieabbau) in die Wege geleitet, an die Koizumi anknüpfen konnte. Er selbst ging vor allem daran, die das politische Handeln bestimmenden Strukturen aufzubrechen, in erster Linie die unheilige Allianz zwischen führenden LDP-Kreisen, der Ministerialbürokratie und der Wirtschaft (die so genannte "Japan AG").

Die "verlorene Dekade" ist vorbei: Seit vier Jahren wächst die japanische Wirtschaft wieder kräftig.

Nach der "verlorenen Dekade" hat Japans Wirtschaft inzwischen wieder Tritt gefasst. Mit dem dritten Wachstumsjahr in Folge hat die Wirtschaft 2005 kräftig zugelegt, und 2006 wird ein viertes folgen. Die zuversichtliche Stimmung wird gespeist von den stark gestiegenen Unternehmensgewinnen in der Industrie, der regen Investitionstätigkeit, dem wieder gewonnenen Vertrauen der ausländischen Anleger in die Zukunft des Wirtschafts- und Technologiestandorts Japan und nicht zuletzt von dem allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Bereits im Januar 2005 hatte die OECD in ihrem Japan-Bericht¹⁹ der japanischen Volkswirtschaft bescheinigt, sich "in der besten Verfassung seit einem Jahrzehnt" zu befinden.

Rivalität mit China

Mit dem Zweieinhalbfachen des chinesischen Bruttoinlandsprodukts, einem um das 25-Fache höheren BIP pro Kopf und dank seiner überlegenen technologi-

schon Leistungsfähigkeit ist Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt China als viertgrößter noch weit voraus. Doch China holt auf breiter Front auf, auch wenn es noch einen weiten Weg vor sich hat, bis sich die Zukunftsprognose des bekannten japanischen Wirtschaftsautors Kenichi Ohmae erfüllen könnte: "In Zukunft wird Japan die Rolle für China spielen, die Kanada für die USA, Österreich für Deutschland, Irland für Großbritannien hat."²⁰ Die bereits eingetretenen Gewichtsverschiebungen, vor allem in der Region, sind unübersehbar.

China hat Japan längst als die Volkswirtschaft abgelöst, auf die ganz Ostasien inzwischen ausgerichtet ist. Dieses trifft in besonderer Weise auf Südkorea zu, für das China in-

zwischen vor den USA und Japan der größte Exportmarkt und das wichtigste Zielland seiner Auslandsdirektinvestitionen ist. China ist inzwischen auch das wichtigste Herkunftsland japanischer Importe. Und rund ein Viertel der gesamten japanischen Produktionskapazität im Ausland steht in China.

Mit seinen Reformen zielte Ministerpräsident Junichiro Koizumi auch darauf, Japan angesichts des Aufstiegs von China wieder wettbewerbsfähig und damit zukunftsfähig zu machen. Man fürchtet in Tokio, dass die Volksrepublik China schon bald beginnen könnte, ihre Wirtschaftsmacht auch in politische und militärische Macht umzumünzen.

China und Nordkorea

Das außenpolitische Erbe Koizumis ist schwierig. Zwar hat das Zerrbild eines militanten japanischen Neonationalismus, das die chinesische Propaganda pflegt, nichts mit der Realität zu tun. Dennoch hat Koizumi durch seinen doppelbödigen Umgang mit der japanischen Vergangenheit dazu beigetragen, den politischen Konflikt mit Peking – im Wider-

spruch zu den eigenen Interessen – zu schüren und Japan in der Region zu isolieren. Vor allem zwischen Tokio und Peking hatte sich das Verhältnis in der Ära Koizumi trotz boomender Wirtschaftsbeziehungen erheblich abgekühlt. Zwar hatten sich die obersten politischen Vertreter beider Länder am Rande internationaler Gipfeltreffen verschiedentlich getroffen, doch hatte China seit fünf Jahren keinen japanischen Ministerpräsidenten mehr zu einem offiziellen bilateralen Gipfeltreffen empfangen.

Grund für die Gesprächsverweigerung waren vor allem Koizumis Besuche im Yasukuni-Schrein. "Hot economics, cold politics", lautete die übereinstimmende Diagnose in Peking und Tokio. Aus gleichem Grund herrschte auch zwischen Tokio und Seoul politische Eiszeit.

Koizumi setzte einseitig auf die enge Partnerschaft mit den USA, die er unter den misstrauischen Augen Pekings weiter ausbaute. Für Tokio ist die Sicherheitspartnerschaft mit den USA sowohl eine Rückversicherung gegenüber den neuen Bedrohungen in Ostasien als auch das Vehikel für eine eigenständige politische Rolle in Asien als aktiver Verbündeter der USA. Ohne Rücksicht auf regionale Sensibilitäten hat Koizumi die japanischen Selbstverteidigungskräfte an der "Operation Enduring Freedom" in Afghanistan beteiligt und sogar Soldaten als Aufbauhelfer in den Irak geschickt. Früher hatte sich Tokio regelmäßig geziert, amerikanischen Forderungen nach einer größeren sicherheitspolitischen Rolle in der Region nachzukommen. Trotz dieses engeren Schulterschlusses steht die Sicher-

SHINZO ABE, geb. 1954, ist seit dem 26. September 2006 Japans Premierminister. Zuvor wurde er mit deutlicher Mehrheit zum Parteichef der LDP gewählt. Abe, der u.a. an der University of California Politik studierte und für Kobe Steel arbeitete, will in der Außenpolitik einen eigenständigeren Kurs verfolgen.

¹⁹ OECD: Japan-Report, Paris 2005.

²⁰ Kenichi Ohmae: China Impact, Tokio 2002.

heitspartnerschaft mit den USA nicht mehr im Zentrum der politischen Debatte in Japan. Bei den Wahlen von 2005 und der innerparteilichen Wahlentscheidung um die Nachfolge Koizumis in diesem Jahr waren nur die Beziehungen zu China und die Bedrohung durch Nordkorea zentrale außenpolitische Themen.

Diese Themenverschiebung ist vor allem auf die Änderungen in Tokios geopolitischem Umfeld zurückzuführen: Sie hängt zusammen mit dem raschen Aufstieg Chinas und seinem wachsenden,

vor allem gegen Japan gerichteten Nationalismus. Die größte konkrete Bedrohung Japans geht aber von Nordkorea aus. Der so genannte Taepodong-Schock, als Nordkorea im September 1998 eine mehrstufige Rakete über Japan testete, hat eine sicherheitspolitische Debatte ausgelöst, die sich durch einen weiteren Test im Sommer 2006 und vor allem durch den Atomtest vom 9. Oktober weiter verschärft hat. So hat Japan bereits mit dem Aufbau eines Raketenabwehrsystems begonnen.

Nordkoreas Entwicklung von und Drohung mit Massenvernichtungswaffen hat in Tokio die Frage aufgeworfen, ob Japan nicht eine eigenständige Erstschlagskapazität gegen einen zunehmend bedrohlicheren Nachbarn entwickeln sollte, der nicht einmal mehr von China im Zaum zu halten sei. Shinzo Abe, der einen Großteil seiner Popularität im Land seinem Engagement für nach Nordkorea entführte japanische Staatsbürger verdankt, hat im vergangenen Sommer genau diese Frage angeschnitten, als er laut über das Recht Japans sinnierte, präemptive Schläge gegen die Bedrohung aus Nordkorea zu führen. So ist es kaum verwunderlich, dass seine Regierung nach dem jüngsten Atomtest noch weitaus schärfere Sanktionen gegen Pjöngjang forderte als die Bush-Regierung. Auch die größte Oppositionspartei, die

Demokratische Partei Japans, die seit einigen Monaten von dem Politveteranen und LDP-Renegaten Ichiro Ozawa geführt wird, stimmt trotz der eigenen pazifistischen Wurzeln in diesen Chor mit ein.

Mit seiner Entscheidung, statt nach Washington (wie alle seine Vorgänger) zunächst nach Peking und Seoul zu reisen, hat Abe allerdings bereits einen wichtigen

Schritt zur Verbesserung der Beziehungen Japans mit seinen ostasiatischen Nachbarn unternommen. Die unmittelbare Bedrohung durch Nordkorea und die

latent vorhandene Rivalität mit China werden die wichtigsten außenpolitischen Themen unter Abe bleiben, der bereits angekündigt hat, die schon von Koizumi angestrebte Verfassungsänderung voranzutreiben; damit soll die Rolle der bisher von der japanischen Verfassung nicht vorgesehenen Selbstverteidigungskräfte offiziell werden. Darüber hinaus sollen dadurch die bisher verbotene kollektive Selbstverteidigung und die Beteiligung an UN-Friedensmissionen ermöglicht werden, womit Japan erstmals wirklich bündnisfähig würde.

Kontinuität unter Abe

Abe ist mit 51 Jahren der jüngste Premierminister Japans. Er hat kein leichtes Erbe angetreten und braucht für die Fortsetzung der Reformpolitik auch weiterhin die breite Unterstützung in Partei und Öffentlichkeit, die

ihn ins Amt getragen hat. Er ist ein Patriot, dessen konservativ-nationale Gesinnung sich außenpolitisch in einer konsequenten Nordkorea-Politik und einem selbstbewussten Auftreten gegenüber den anderen Nachbarn, insbesondere China und Südkorea, ausdrücken dürfte. Er sieht Japan in einer Wertegemeinschaft mit den USA und den anderen großen Demokratien. Die tragende Säule der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik

bleibt das Bündnis mit Amerika, das Abe noch weiter vertiefen möchte.

Innenpolitisch ergeben sich die größten Herausforderungen für den neuen Premierminister aus der gewaltigen Staatsverschuldung und der demographischen Entwicklung (die japanische Gesellschaft altert noch schneller als die deutsche), mit der ein enormer Kosten-Tsunami auf das Gesundheits- und Rentensystem zukommt. Zudem führt die fortschreitende Deregulierung des Arbeitsmarkts und die sich öffnende Schere zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung zu einer Gefährdung des für die japanische Gesellschaft so charakteristischen sozialen Zusammenhalts, dem Abe mit seinem Programm der "Zweiten Chance" begegnen will. Der erste Test für seine Regierung steht im Frühjahr 2007 mit den Kommunal- und Gouverneurswahlen an; anschließend wird im Sommer 2007 das Oberhaus gewählt, wo die Hälfte der Amtsinhaber sich zur Wiederwahl stellt.

Deutsch-japanische Interessenidentität

Japan steht als postindustrielle Gesellschaft und aufgrund seiner Demographie vor ganz ähnlichen Problemen wie Deutschland und andere europäische Staaten. Auch die Herausforderungen durch die vor allem von den asiatischen Schwellenländern vorangetriebene Globalisierung ist

durchaus vergleichbar. Das gilt ebenfalls für die außenpolitische Agenda, auf der nicht nur die Reform der Ver-

einten Nationen und die Fortsetzung der Zusammenarbeit im G-4-Rahmen stehen, sondern mit Blick auf Nordkorea und Iran vor allem auch Fragen der Nonproliferation, der Energiesicherheit, der Menschenrechtspolitik und Fragen der regionalen Kooperation im ARF- und ASEM-Rahmen, mit China, Russland und Zentralasien. Die bevorstehende deutsche Doppelpräsidentschaft in EU und G-8 wird eine gute Gelegenheit bieten, die deutsch-

Die Bedrohung durch Nordkorea und die Rivalität mit China bleiben weiterhin die wichtigsten außenpolitischen Themen.

Japan steht als postindustrielle Gesellschaft vor ähnlichen Problemen wie Deutschland.

japanischen Beziehungen weiter auszubauen, denn eines sollte nicht aus den Augen verloren werden: Asien ist nicht nur China. Ökonomisch ist Asien immer noch vor allem auch Japan – eine Demokratie, die genauso alt ist wie unsere!

Dr. Heinrich Kreft, Berlin

Dr. Heinrich Kreft ist derzeit außenpolitischer Berater der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und war zuvor stellvertretender Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.
Erstmalige Veröffentlichung des Beitrages in *Internationale Politik*, November 2006.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: 0173-5497942

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

